

Satzung

PaedNetz Augsburg e.V.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „PaedNetz Augsburg“ und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Augsburg.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins beginnt am 1.7. des jeweiligen Jahres und endet am 30.6. des Folgejahres.

§ 2 Vereinszweck

1. Der Zweck des Vereins ist es, die haus- und fachärztliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Augsburg und zu definierender umgebender Landkreise zu erhalten und zu verbessern, insbesondere durch:
 - Verstärkte Kooperation zwischen Klinik und Praxis, über die schon bestehende Notfallversorgung hinaus
 - Ausbau der Prävention
 - Förderung der Weiterbildung und Fortbildung nach den Vorgaben der BLÄK

 - Schaffung und Optimierung von praxisorientierten Leitlinien hinsichtlich Diagnose und Therapie (u.a. Qualitätszirkelarbeit)
 - Anbindung anderer Fachärzte, die qualifiziert Kinder und Jugendliche behandeln
 - Anbindung nichtärztlicher Berufsgruppen, die überwiegend und qualifiziert mit Kindern und Jugendlichen arbeiten
 - Anbindung sozialer Dienste und anderer Hilfseinrichtungen sowie von Patientenselbsthilfegruppen
 - Kooperation mit anderen pädiatrischen Netzen

Der Verein kann unter Mitwirkung seiner Mitglieder entsprechend den gesetzlichen Rahmenbedingungen die ambulante ärztliche Versorgung organisieren, dies nicht gesetzlich ausdrücklich öffentlich-rechtlichen Körperschaften vorbehalten ist oder soweit er durch Verträge hierzu von diesen ermächtigt worden ist.

2. Der Verein kann mit geeigneten Vertragspartnern, im Rahmen des gesetzlich Zulässigen, Vereinbarungen über die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung treffen. Voraussetzungen hierfür sind:
 - a. Die Bildung entsprechender Kooperations- und Leistungsstrukturen
 - b. Entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit den Mitgliedern
 - c. Eine für die Sicherstellung ausreichend grosse Zahl von teilnehmenden Mitgliedern.
 - d. Der Verein kann darüber hinaus für diesen sinnvolle, nützliche, geeignete und dem Vereinszweck förderliche Kooperationen jeglicher Art eingehen.
3. Der Verein, vertreten durch seinen Vorstand, verhandelt die Interessen der Mitglieder und vertritt diese bei Vertragsverhandlungen mit Kostenträgern oder Krankenkassen.

Hierzu verpflichtet sich jedes Mitglied, sämtliche Vertragsverhandlungen sowie den Abschluss von Verträgen mit Kostenträgern oder Krankenkassen auf den Verein zu übertragen. In den Wirkungsbereich dieser Verträge sind alle qualifizierten Mitglieder einzubeziehen.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

1. **Ordentliches Mitglied** des Vereins kann jeder in Augsburg und den umgebenden (noch zu definierenden) Landkreisen niedergelassene Kinder- und Jugendarzt werden.
 - a) Alle ordentlichen Mitglieder sollen bis zu einem noch zu definierenden Zeitpunkt Zugang zum elektronischen Informationssystem Pädinform haben
 - b) Alle ordentlichen Mitglieder sollen Mitglied im Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Deutschlands (bvjk) sein
 - c) Alle ordentlichen Mitglieder verpflichten sich zur Einhaltung gängiger Qualitätskriterien der Kinder- und Jugendheilkunde und entsprechender Fortbildung nach Vorgaben der BLÄK, z.B. Mitarbeit in Qualitätszirkeln o.ä.
2. **Ausserordentliche Mitglieder** können Ärzte aller Fachgruppen in Augsburg und den o.g. Landkreisen, Klinikärzte und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes werden, die qualifiziert Kinder und Jugendliche behandeln.
Ausserordentliche Mitglieder können darüber hinaus auch Mitglieder anderer Berufsgruppen aus Augsburg und den umgebenden Landkreisen werden, soweit sie qualifiziert Kinder und Jugendliche behandeln und betreuen (z.B. Logopäden, Physiotherapeuten, Psychologen, Ergotherapeuten usw.)
Ausserordentliche Mitglieder erwerben keine Rechte nach §6/2/f der Satzung.
3. **Fördermitglieder** können Vereine, Organisationen, Unternehmen und Gesellschaften sowie natürliche Personen werden, die Mittel zur Förderung der Ziele des Vereins regelmässig zur Verfügung stellen oder den Satzungszweck anderweitig fördern. Mit einer Fördermitgliedschaft sind keine Rechte nach §6/2/f der Satzung verbunden.
4. Jedes Mitglied verpflichtet sich, die Ziele des Vereins zu unterstützen und aktiv hieran mitzuarbeiten.
5. Über den schriftlich zu stellenden Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet:
 - durch freiwilligen Austritt
 - durch den Tod eines Mitglieds
 - durch Ausschluss aus dem Verein
2. Der freiwillige Austritt kann jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand erfolgen.
3. Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstossen hat oder im Falle des Entzugs der Approbation oder der Zulassung oder der Anordnung

des Ruhens der Approbation oder der Zulassung durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich sowohl persönlich als auch schriftlich vor dem Vorstand zu äussern. Der Beschluss über den Ausschluss ist zu begründen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes bekannt zu machen.

4. Eine ordentliche Mitgliedschaft geht nach Beendigung der Kassenzulassung automatisch in eine ausserordentliche Mitgliedschaft über.

§ 5 Mitgliedsbeiträge

1. Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrages und dessen Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung bestimmt und betragen nach Beschluss vom 21.6.2005 120 € / Geschäftsjahr, bzw. 10 € /Monat, erstmalig ab 1.7.2005.
2. Ab 1.1.2006 ist eine Aufnahmegebühr für neu hinzukommende Mitglieder vorgesehen, deren Höhe von der Mitgliederversammlung zu bestimmen ist.
3. Die Mitgliederversammlung kann zur Erfüllung vorher von ihr definierter Aufgabenkomplexe auch die Erhebung einer diese jeweils finanzierenden, jeweils einmaligen Umlage beschliessen (§6/2./g).

§ 6 Organe des Vereins

1. Der Vorstand

- a. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und dem Schatzmeister.
- b. Der Verein wird gerichtlich und aussergerichtlich durch zwei Mitglieder des Vorstands gemeinsam vertreten.
- c. Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Bei Ablauf der Bestelldauer bleiben alle Vorstandsmitglieder bis zur gültigen Neuwahl des Vorstandes im Amt. Eine Wiederwahl ist jederzeit zulässig. Legen alle Vorstandsmitglieder ihr Amt nieder oder werden alle Vorstandsmitglieder abberufen, ist in einer unverzüglich einzuberufenden Mitgliederversammlung ein neuer Vorstand zu wählen. Die Einladung hierzu hat der bisherige Vorstand noch vorzunehmen. Betrifft die Amtsniederlegung oder Abberufung nur einzelne Vorstandsmitglieder, so vertreten die verbleibenden Vorstandsmitglieder den Verein bis zur Wahl von Ersatzvorständen.
- d. Der Vorstand ist für die Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht einem anderen Vereinsorgan zugewiesen werden. Der Vorstand hat vor allem folgende Aufgaben:
 - aa. Die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und Aufstellung der Tagesordnungen.
 - bb. Die Einberufung der Mitgliederversammlungen.
 - cc. Die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlungen.
 - dd. Die Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr, Buchführung und Erstellung eines Jahresberichts.
 - ee. Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen.

- ff. Beschlussfassung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern.
- e. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden schriftlich, fernmündlich oder per elektronischer Medien einberufen werden. In jedem Fall ist eine Einberufungsfrist von einer Woche einzuhalten.
- f. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung. Die Vorstandssitzung leitet der 1. Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der 2. Vorsitzende.
- g. Die Beschlüsse des Vorstandes sind zu Beweis Zwecken in ein Beschlussbuch einzutragen und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
- h. Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschliessenden Regelung erklären. Die Zustimmung liegt auch in der widerspruchslosen Beteiligung an der schriftlichen Abstimmung.

2. Die Mitgliederversammlung

- a. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt.
- b. Eine ausserordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von mindestens 10% der Mitglieder unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.
- c. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Ladungsfrist von zwei Wochen schriftlich einberufen (Brief, Fax, E-Mail). Dabei ist die Tagesordnung mitzuteilen. Die Ladungsfrist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied des Vereins schriftlich bekanntgegebene Adresse, Faxnummer oder E-Mail-Adresse gerichtet ist.
- d. Jedes Mitglied kann beim Vorstand schriftlich die Aufnahme von Anträgen in die Tagesordnung verlangen. Wird dieses Verlangen so rechtzeitig gestellt, dass die Anträge den Mitgliedern mit der Einladung bekannt gemacht werden, sind sie in der Versammlung einer Beschlussfassung zugänglich. Bei einem späteren Verlangen kann der Vorstand diese Anträge zur Erörterung, aber nicht zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung setzen.
- e. Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung von einem anderen Mitglied des Vorstandes geleitet.
- f. In der Mitgliederversammlung hat jedes anwesende ordentliche Mitglied eine Stimme.
- g. Die Mitgliederversammlung ist für folgende Aufgaben zuständig:
 - aa. Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr, Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes, Entlastung des Vorstandes.
 - bb. Festsetzung der Höhe und Fälligkeit des Mitgliedsbeitrages.
 - cc. Genehmigung von definierten Aufgabenkomplexen und Festsetzung der Höhe einer evtl. Umlage.
 - dd. Wahl bzw. Abberufung der Mitglieder des Vorstandes.
 - ee. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins.

- h. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der gültigen Stimmen. Dabei sind Mitglieder, die sich der Stimme enthalten, wie nicht erschienene Mitglieder zu behandeln. Zur Beschlussfassung müssen mindestens 25% der ordentlichen Mitglieder anwesend sein.
- i. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Schriftführer zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Schriftführers, die Zahl der erschienen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung.

3. Der Beirat

Auf Vorschlag des Vorstandes kann die Mitgliederversammlung einen Beirat von bis zu sieben Mitgliedern bestellen, die von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit auf die Dauer von 4 Jahren gewählt werden. Scheidet ein Mitglied des Beirates aus, kann der Vorstand für die Restamtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds ein Ersatzmitglied benennen. Der Beirat hat die Aufgabe, dem Vorstand in allen wichtigen Fragen des Vereins beratend zur Seite zu stehen.

4. Der Geschäftsführer

- a. Auf Vorschlag des Vorstandes kann aus dem Kreis der Mitglieder oder von ausserhalb ein Geschäftsführer bestellt werden, wobei der Vorstand dessen Aufgabenbereich bestimmt und ihm zur alleinigen Erledigung überträgt. Der Vorstand hat die Tätigkeit des Geschäftsführers zu überwachen und zu verantworten.
- b. Die Bestellung eines Geschäftsführers bedarf der Zustimmung durch die Mitgliederversammlung.

§ 7 Satzungsänderung

- 1. Zur Änderung der Satzung ist die einfache Mehrheit der erschienen ordentlichen Mitglieder erforderlich. Es müssen mindestens 25% der ordentlichen Mitglieder anwesend sein.
- 2. Besteht die Änderung in einer Änderung des Zwecks des Vereins, ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.

§ 8 Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins kann nur mit einer Stimmenmehrheit von 75% der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder des Vereins beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschliesst, sind der 1. und der 2. Vorsitzende des Vorstandes die gemeinsam vertretungsberechtigten Liquidatoren. Es obliegt ihnen, aus dem vorhandenen Vermögen die bestehenden Verbindlichkeiten des Vereins zu erfüllen und einen danach etwa verbleibenden Überschuss nach Massgabe des Beschlusses der Mitgliederversammlung, in welcher die Auflösung des Vereins beschlossen wurde, zu verteilen (Gleiches gilt sinngemäss für negative Bilanzen).

Die Fassung dieser Satzung wurde am 18.10.2005 durch die Teilnehmer der Mitgliedsversammlung beschlossen.